

Antrag vom 14.06.2021	
------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff Zukunft des Statistischen Landesamtes Gemeinsam in die Planungen und das Beteiligungsverfahren einsteigen

Das Statistische Landesamt soll 2023 aus den bisherigen Flächen am Erwin-Schöttle-Platz ausziehen. Stadt und Land sind in Gesprächen zur Entwicklung der frei werdenden Flächen. Die Bürgerinitiative „Solidarische Nachbarschaft am Schoettle-Areal“ beschäftigt sich schon heute mit einer Nachnutzung des Geländes.

Die verschiedenen Interessengruppen, ob Land, Stadt, Bürgerinnen und Bürger oder Bezirksbeirat eint das Ziel, die freiwerdenden Flächen zu entwickeln und, wenn möglich, dort das Wohnen zu ermöglichen.

Um dies auch umzusetzen, braucht es eine Planung und davor auch einen Beteiligungsprozess, um die Ziele und Wünsche zu diskutieren und dann auch zu sortieren und zu priorisieren.

Wie üblich bei den städtischen Quartiersentwicklungen sollten auch hier Wohnen und Arbeiten, soziale Bedarfe, kulturelle Nutzungen, aber auch die Ziele des Klimaschutzes (Energieerlass), umgesetzt werden.

Geförderter Wohnraum soll entstehen, ebenso wie möglichst vielfältige Wohnformen, verbunden mit einem Konzeptverfahren.

Um diese Ideen nun zu sammeln und zu kanalisieren, aber auch um die Zeit zu nutzen, sollte die Stadt in Abstimmung mit dem Land in die Planungen mit den Bürgerinnen und Bürgern einsteigen. Aus den Ergebnissen der Beteiligung soll eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. Dies kann dann die Grundlage für die weiteren Planungen, wie ein Wettbewerbsverfahren, aber auch für mögliche Verhandlungen zwischen Stadt und Land zu Kauf oder Tausch der Flächen sein.

Wir beantragen:


1. Die Stadt steigt in Abstimmung mit dem Land in einen Beteiligungs- und Planungsprozess für die frei werdenden Flächen des Statistischen Landesamts ein.
2. Dazu wird mit einem Beteiligungsverfahren begonnen, bei dem die Initiative und verschiedene Gruppen eingebunden werden sollen, mit dem Ziel, aus den Ergebnissen eine Machbarkeitsstudie zu erstellen.
3. Grundlage für die Entwicklung sind die üblichen Ziele der Stadt beim Wohnungsbau und beim Klimaschutz.
4. Die Stadt stellt dar, welche Mittel und Ressourcen notwendig sind, um mit dem gemeinsamen Beteiligungsverfahren und dem Planungsprozess zu starten.



Beate Schiener



Marcel Roth



Christine Lehmann



Andreas Winter